

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1922

385 (22.8.1922) Abendausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Fremdenzeitung - Steuer-Rundschau / Feld u. Garten / Reise- u. Väterzeitung / Volk u. Heimat

Verantwortliche Redakteure:
Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Schneider;
Für ausländische Politik: Dr. K. K. K.;
Für Kunst, Wissenschaft u. Unterhaltung: Dr. H. H.;
Für Sport: Dr. H. H.;
Für die Handelszeitung: Dr. H. H.;
Für alle in Karlsruhe: Dr. H. H.;
Berliner Redaktion: Dr. H. H.;
Dr. Kurt Weiger.

Verleger:
Geschäftsstelle: Nr. 86,
Redaktion: Nr. 809 und 819.
Geschäftsstelle:
Büro- und Anzeigen-Exped., nächst
Kaiserstraße und Marktplatz.
Polizeistempel: Karlsruhe Nr. 8359.

Das Problem der interalliierten Schulden.

Englands Standpunkt.

Bereitwilligkeit zum Nachlass der französischen Schulden. — Frankreichs kostspielige Rüstungs-Politik. — Für Frieden und Wiederaufbau Europas.

A. London, 22. Aug. (Drahtmeldung unseres eigenen Berichterstatters.) „Daily Chronicle“ widerlegt heute in einem Leitartikel die vom „Temps“ aufgestellte Behauptung, daß England die französischen Schulden als politische Waffe gegen Frankreich verwende. „Daily Chronicle“ schreibt: „Wir müssen noch einmal deutlich hervorheben, daß wir mit genügender Bereitwilligkeit erfüllt haben, diese zu erlassen. Aber wir können Frankreich nicht für sämtliche Schulden annullieren, während sein Geld für eine Politik verausgabt wird, die nicht nur Frankreich, sondern ganz Europa teuer zu stehen kommt. Wenn der Schuldner die Erlassung seiner Schulden verlangt, so muß er dafür etwas in die Waagschale zu werfen haben.“ „Daily Chronicle“ führt des weiteren aus, daß Frankreichs kostspieliges Unterseebootprogramm nur ein Beispiel für die Politik sei, die eine Fortsetzung der Rüstungen wünsche. Die Flugzeuge und die Besatzungstruppen könnte man ebenfalls erwähnen. Das Blatt kommt schließlich zu folgendem Schluß: „Wir wünschen in England, daß keine der Mächte einer anderen Macht überlegen ist, und wir haben unsere Seestreitkräfte auf die Mindesthöhe zurückgeführt. Wir haben die Zwangsausgleich für das Meer abgelehnt und wir wünschen eine Politik durchzuführen zu wissen, die den Frieden und den Wiederaufbau Europas sich zur Aufgabe gesetzt hat, und ebenfalls würden wir immer zu einer materiellen Unterstützung bereit sein. Doch solange Frankreich auf seinem nun einmal eingeschlagenen Weg besteht, können wir keine Schulden erlassen, die man an uns entrichten könnte, wenn eine weniger kostspielige Politik verfolgt würde.“

Frankreichs Verhandlungen mit Amerika.

WTB. Paris, 22. Aug. Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, hat die französische Regierung beschlossen, im September Barren zu schicken, um die Fundierung der französischen Schulden zu regeln. Es sollen ihm zwei führende Bankiers beigegeben werden.

Die Entschädigung der Ausgleichs- und Liquidationsgeschädigten.

en. Essen, 22. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen in Düsseldorf, der die nordwestliche Gruppe der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf und die Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes umfaßt, hatte am Freitag, den 18. August, zu einer Besprechung der Entschädigungsangelegenheiten eingeladen. Die zahlreich besuchte Versammlung, die von Direktor Wolmann aus Oberhausen geleitet wurde und an der auch u. a. die Mitglieder des Reichstages Dr. Becker-Hessen und Dr. Curtius sowie für den Reichsverband deutscher Industrie Dr. Hammer teilnahmen, wurde eingeleitet durch einen ausführlichen Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Wellestein-Essen. In der darauf sich anschließenden Aussprache kam die übereinstimmende Ansicht der Versammlung dahin zum Ausdruck, daß die Reichsregierung gegenüber dem Druck Frankreichs, durch den eine gerechtfertigte Entschädigung der Ausgleichs- und Liquidationsgeschädigten verhindert werden soll, festbleiben muß und daß die bedrückende Lage der Geschädigten sowie die inzwischen eingetretene Verschlechterung der Wirtschaftslage eine Abänderung der Regierungsentwürfe und insbesondere eine Erhöhung der zu zahlenden Sätze dringend fordere. Demgemäß wurde folgende Entschädigung gefordert und der Reichsregierung überreicht:

Die unterzeichneten Wirtschaftsbereitungen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks sind nach eingehender Beratung der Entschädigung der Ausgleichs- und Liquidationsgeschädigten, eines Liquidationsgeschädigten und eines Geschädigten betreffend Abänderung des Ausgleichsgesetzes zu folgender Stellungnahme gelangt. Sie verlangen nicht, daß die ungünstige Finanzlage es rechtfertigt, eine gewisse Herabminderung der früher vom Reich übernommenen Verpflichtungen eintreten zu lassen. Sie sind der Meinung, daß hierbei die berechtigten Interessen derjenigen Teile der deutschen Wirtschaft, die durch die Ausführung des erzwungenen Friedensvertrages besonders hart betroffen sind, nicht genügend berücksichtigt worden sind. Sie stellen sich in erster Linie auf den Boden der von den Spitzenverbänden eingereichten Abänderungsvorschläge, fordern aber, daß die Entwürfe den inzwischen veränderten Wirtschaftsverhältnissen angepaßt werden. Sie verlangen von der Reichsregierung, daß sie ungeachtet aller außenpolitischen Einflüsse alles aufbietet, um eine möglichst baldige Verabschiedung der Gesetzentwürfe zu sichern, damit alsdann das Entschädigungsverfahren rasch und reibungslos zur Durchführung gelangt.

Die finnische Flotte im Danziger Hafen.

z. Danzig, 22. Aug. (Eigene Drahtmeldung.) Heute trafen im Danziger Hafen die finnischen Aviso „Turuanen“, „Klaskorn“ und „Matte Kurki“ ferner ein Torpedoboot ein. Vorher hatten die finnischen Kriegsschiffe den neuen polnischen Kriegshafen angelaufen und so der polnischen Republik einen Besuch gemacht. Durch eine derartige Einleitung der Besuche werden unangenehme Auseinandersetzungen vermieden, wenn die polnischen Vertreter in Danzig die ausländischen Kriegsschiffe im Danziger Hafen im Namen der polnischen Republik begrüßen wie es kürzlich bei dem Besuch der schwedischen Kriegsschiffe der Fall gewesen ist. Gegen eine derartige Begrüßung hat der Danziger Senat beim Oberkommissar Beschwerde eingelegt.

Riesenbrand in den Anhaltischen Fahrzeugwerken

WTB. Dessau, 22. August. Heute Nacht ist die Anhaltische Fahrzeugwerke A. G. Kohle-Kraus in Jentz durch einen Riesenbrand zerstört worden. Der Betrieb ist stillgelegt. 200 Arbeiter sind beschäftigungslos geworden.

Belgien und das Reparationsproblem.

Keine Neigung zu militärischen Sanktionen. — Zwischen Bruch mit Frankreich und Zahlungsleistungen Deutschlands.

WTB. Paris, 22. August. Ueber die Stellungnahme der belgischen Regierung zur Reparationsfrage meldet der Brüsseler Berichterstatter des „Deure“, daß er mit einer hochstehenden Persönlichkeit über die Frage gesprochen habe, die ihm u. a. sagte, daß Belgien an militärischen Sanktionen, wie z. B. der Besetzung des Ruhrgebietes, nur im äußersten Falle teilnehme, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien. Eine defensive, abwartende Haltung würde stark im Widerspruch mit dem Lande gewinnen. Auf der andern Seite aber müßte Belgien Reparationen erhalten, das für uns eine absolute Notwendigkeit sei. Es müßte aber auch die Entente aufrecht erhalten. Doch ist die französische Lage derart, daß wenn wir zwischen Bruch und Reparationszahlungen wählen müssen, wir uns für die zweite Lösung entscheiden würden. Wir hoffen indessen weiter, daß die Reparationskommission eine Formel finden wird, die den Interessen aller gerecht wird.

Die frankophile eltsässische Presse gegen Poincaré.

z. Straßburg, 22. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Die Retorsionsmaßnahmen werden nach wie vor von der Presse besprochen und selbst die „Colmarer Neuesten Nachrichten“, ein neues französisch orientiertes Blatt, das erst im zweiten Jahre erscheint, schreibt über die Persönlichkeiten der Ausgewiesenen: „Diese waren die Schlimmsten nicht, die Schlimmsten bleiben hier und die Großen haben ihr Geld längst in Sicherheit gebracht. Und nun sind das die „produktiven Wähler“, von Poincaré aus gesehen! Was hier geschah, verdient für alle Zeiten gebührend Beachtung, da es gegen jede Norm von Humanität verstößt.“ Nach einer eingehenden Untersuchung dieses Blattes waren alle Ausgewiesenen kleine Leute, die sich politisch nicht betätigt haben.

WTB. Paris, 22. Aug. Wie der „Temps“, meldet haben sich die Handelskammern von Colmar, Straßburg und Metz gegen die Beschlagnahme deutscher Fonds und Werte bei elsässisch-lothringischen Banken ausgesprochen.

Oesterreich auf der Suche nach Hilfe.

Die Prager Reise des Bundeskanzlers. — Wiedererwachen der Anklagefrage. — Besuch Dr. Seipels in Berlin.

r. Prag, 22. Aug. (Eig. Drahtmeldung.) Wenn aus einigen in der Deffektivität bekannt gewordenen Tatsachen Schlüsse gezogen werden dürfen, hat die plötzliche Reise des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel den Grund in der verzweifeltsten Situation des Landes. Die österreichischen Staatskassen sind vollständig geleert und niemand kann sagen, wie am kommenden Monatsanfang die Gehälter bezahlt werden können. Dr. Seipel kam nach Prag ohne einen einzigen neuen Vorschlag und mit dem Wunsch, nach dem Mißlingen der Hilfsaktion der Großen Entente, nun von der Kleinen Entente Hilfe zu erlangen, wobei eine geordnete Wirtschaft im Innern als Vorbedingung gefordert werden müßte. Dr. Benesch hat dem Bundeskanzler die moralische und materielle Hilfe der Tschechoslowakei zugelangt, aber Oesterreich könne, so sagte er, nur dann geholfen werden, wenn auch andere Nationen, die sehr wohl dazu in der Lage seien, helfen würden. Im Zusammenhang damit muß besonders beachtet werden, daß die Tschechoslowakei der erste Staat war, der Oesterreich tatsächlich Kredit gewährte, worauf England folgte. Die parlamentarische Bewilligung der italienischen und französischen Kredite sind bis heute noch immer nicht ausbezahlt. Die Reise Seipels wird hinsichtlich dazu dienen, daß Europa zum letzten Mal auf den drohenden letzten Akt Oesterreichs aufmerksam gemacht wird und daß sowohl die Tschechoslowakei als auch der Völkerverbund rechtzeitig die Gefahr erkennen, die ganz Europa heute droht.

Bei einem Presseempfang sagte Seipel, daß Oesterreich in der Anklagefrage zunächst nur an Deutschland denke. Einem solchen Anschluß ständen allerdings die Friedensbedingungen gegenüber. Man habe aber die Hoffnung, daß der Völkerverbund einem Erzeugnis der Außerkräftigung dieser Friedensverpflichtungen stattgeben werde. Die Besprechungen des österreichischen Bundeskanzlers mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten haben gestern in Anwesenheit der belgischen Finanzminister den ganzen Tag gedauert. Bundeskanzler Dr. Seipel legte Dr. Benesch folgende Fragen vor: 1. Gewährt die Behandlung der österreichischen Frage durch den Völkerverbund die Aussicht, daß doch noch in letzter Stunde jene Zusicherungen auf finanziellen Gebiete gegeben werden, die Oesterreich seinen ungelösten Fortbestand ermöglichen? 2. Schon jetzt einen anderen Weg zu beschreiten, der darin besteht, daß Oesterreich ökonomisch oder politisch bei einem der Nachbarkstaaten oder einer bestimmten Mächtegruppe Ansehen sucht. Ministerpräsident Dr. Benesch erklärte, daß man keineswegs die Arbeit des Völkerverbundes unterschätzen dürfe und daß dieser letzte Weg versucht werden müsse, umso mehr als man wisse, daß sich besonders gewisse Mächte für diese Frage einsetzen würden. Die Besprechungen, die in bestem Einvernehmen geführt wurden, haben gezeigt, daß die Verhinderung einer wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe in Oesterreich für ganz Europa von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Es wurden bestimmte Schritte vorgeschlagen, welche von österreichischer sowie von tschechoslowakischer Seite unternommen werden sollen. Ministerpräsident Dr. Benesch wird den österreichischen Schritt im Völkerverbund unterstützen, ebenso bei jenen Mächten, die bereits ihr Interesse an der Lage Oesterreichs gezeigt haben.

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel trifft heute in der 5. Nachmittagsstunde von Prag kommend in Berlin ein. Der deutsche Gesandte in Wien, Pfeiffer, wird bereits heute vormittag in Berlin ankommen, um an den Besprechungen mit dem österreichischen Bundeskanzler und dem deutschen Reichskanzler teilzunehmen.

Ausfahrungen in Kattowitz.

WTB. Kattowitz, 22. August. Gestern Abend kam es hier wegen der zunehmenden Teuerung zu Ruhestörungen. In den Abendstunden wurden eine Anzahl Läden geplündert und Waren wurden auf die Straße geworfen und fortgeführt. Die Juden wurden von der Menge verfolgt und verprügelt. Ein starkes Polizeiaufgebot stellte schließlich die Ruhe wieder her.

Umschau.

22. August 1922.

Ende letzter Woche konnte die französische Presse verkünden, daß Herr Poincaré wieder einmal reden werde, und der Pariser „Intransigeant“ beurteilte im Voraus die Montagsrede in Bar-le-Duc als eine bedeutende politische Aeußerung. Wenn ein Erguß des französischen Ministerpräsidenten in Aussicht steht, dann geht man kaum jemals fehl in der Annahme, daß er die alte Hegelwalze auflegen und ableiten wird. Dies hat er denn auch rechtlich in Triancourt getan, das der Ehre gewürdigt wurde, in seinem fünfshundertjährigen Kirchlein Herrn Poincaré beim Vormittags-Gottesdienste zu sehen und am Nachmittag bei der Einweihung des Kriegerdenkmals nachdachtsvoll an dem Munde des Allgewaltigen hängen zu dürfen. In den neuen Wein, den in den letzten Tagen angebliche Verständigungs-freunde in Frankreich der erstaunt aufstehenden Welt kredenzten, sprudelte mit dem Redeschuß Poincarés reichlich viel Wasser und in die süßen Geigentöne, die urplötzlich über Nacht die Boulevardpresse zu den „Böses“ hinüberbandte, mischten sich die Witzstöße der Poincaréschen Walze, die infolge des vielen Ableitens schon so manchen Sprung bekommen hat.

Herr Poincaré führte auf dem Friedhofe seinen Zuhörern all die Schreden eines Krieges vor Augen, malte realistisch, als wohl die Wirklichkeit selbst gewesen sein mag, die Kämpfe aus, die Triancourt zwischen dem 5. und 12. September 1914 umtobten, und unterließ es, einmal um Redesieber gepackt, selbstverständlich nicht, die Leidenschaft aufzupeitschen und das Märlein von den deutschen Hunnen und Barbaren, ihrer notorischen Zerstörungswut und ihren Greuelthaten gegenüber der unschuldigen Zivilbevölkerung aufzuwiegen, damit diese „aus der Vergangenheit des Krieges unauslöschliche Lehren ziehe!“ Wie er diese Lehren aufgefaßt wissen will, ist sonnenklar. Ein gerissener Adnotat wie Raymond Poincaré begnügt sich nicht mit einer einfachen Verchiebung der historischen Grundlagen, er plaudert auch mit dem Brustton der Ueberzeugung seine reinen und edlen Absichten — um den so menschlich gehaltenen Frieden von Versailles zu bewahren. Was schert es ihn, daß alle Welt weiß, daß seinem Hirn der Plan des großen Weltbrandes entsprang, daß in den Berliner Archiven die diäbäulichen Aktenbände sich mehren, die für die an deutschen Gefangenen begangenen Grausamkeiten zeugen, in und nach dem Kriege, daß sich täglich die Schandtatzen der schwarzen Marokkaner im besetzten Gebiete häufen und die ganze Kulturwelt, die Waffenbrüder Frankreichs nicht ausgenommen, gegen die schwarze Schmach und die Bebrüdung des rheinischen Volkes mitten im Frieden protestiert! Hatte man vor dem Waffenstillstand dem deutschen Volke weiszumachen gesucht, es brauche nur seine „Despoten“ zum Teufel jagen, dann hätte es den Frieden und die Freundschaft der Welt, so stellte Poincaré in Triancourt ausdrücklich fest, daß alle Deutschen solidarisch die Verantwortung tragen und deshalb auch das gesamte deutsche Volk wiederzugutmachen müsse. Auch den Reim seiner Sonntagsrede auf die Kongressrede Wilsons zu Beginn des Jahres 1918, das uns den Reinkauf auf die 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten A. D. brachte: „Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder Schadenersatz geben, der den Charakter der Strafe trägt“, muß er sich selber machen; Poincaré fühlt sich als Statthalter Gottes in der Geschichte, der zur „Sühnung des Unrechts“ die Strafexpedition gegen das deutsche Volk einleiten muß. Die in Triancourt aufgestellten Behauptungen über „den hohen Willen Deutschlands“ sind ja nur eine Neuauflage seiner Verleumdungen in London, die vom Reichskanzler Dr. Wirth gebührend zurückgewiesen wurden. Vielleicht wäre jetzt für den Reichskanzler auch der Augenblick gekommen, die Lügen über das deutsche Volk — daß im Kriege auch von unserer Seite manches Unrecht geschah, soll nicht abgetritten werden — mit der Gegenliste französischer Schandtatzen zu parieren. Wenn wir warten wollten, bis auf die Entente-Kommissionen keine Rücksicht mehr genommen werden muß, dürfte es etwas reichlich spät werden; denn sie haben immer noch, dürfte es etwas reichlich spät werden; denn sie haben immer etwas zu kontrollieren, spionieren, schikanieren und protestieren, einmal Herr Laurent, das anderemal Herr Rollet oder sonstwer.

Man war nach dieser ersten rhetorischen Leistung des französischen Ministerpräsidenten kaum auf eine milder abgeänderte Rede in Bar-le-Duc gefaßt, wo er schon im April dieses Jahres sich so unruhig berührt gemacht hatte. Die Rede, die er aber hier aus Anlaß der Eröffnung des Generalrates über das Reparationsproblem und die durch das Scheitern der Londoner Verhandlungen geschaffene Lage gehalten hat und die wir in unserer heutigen Mittagsausgabe brachten, unterschied sich von den früheren und insbesondere von der, die er vor vier Monaten an der gleichen Stelle gehalten und in der er zum ersten Mal von der Absicht einer Sonderaktion Frankreichs gegen Deutschland gesprochen hatte, wesentlich durch eine gewisse Weichheit und Zurückhaltung im Ton. Herr Poincaré hat zwar wieder erklärt, daß der Standpunkt Frankreichs in der Frage der an das Meratorium geknüpften Bedingungen sich seit London nicht geändert habe, aber er hat von der Handlungs-freiheit, mit der er seit 8 Tagen durch die ihm nahestehende Presse fast täglich drohen läßt, nur in einer sehr bedingten Form gesprochen. Er richtete scharfe Worte an die Verbündeten, legte aber auf der anderen Seite auch Wert darauf, die Spannung als überbrückbar erscheinen zu lassen und die Solidarität der Interessen aller Alliierten in den Vordergrund zu rücken. Er fand selbst gegenüber Deutschland trotz der wiederholten und unermesslichen Beschuldigung, daß es ihm an gutem Willen fehle und daß es eine auf die Herbeiführung des betrügerischen Bankrotts gerichtete Politik betrieben habe, Worte, wenn auch nicht der Veröhnung, so doch der Bereitschaft zu einer vernünftigen Auseinandersetzung, wobei er selbst den seit einigen Tagen diskutierten Gedanken einer direkten Verständigung zwischen Berlin und Paris zur Regelung der deutsch-französischen Streitfragen streifte. Alles in allem wird man den Eindruck von der Rede Poincarés am Montag dahin zusammenfassen können, daß er bei aller Festigkeit des Auftretens, zu dem ihn die innerpolitische Lage zwingt, doch offenbar von dem Bestreben geleitet war, der Möglichkeit eines Kompromisses, das seit heute die Mitglieder der Reparationskommission in Verhandlungen mit der deutschen Regierung anbahnen, nicht von vorne herein den Weg zu verbauen.

Welcher Poincaré wird nun den Sieg über den anderen davon tragen? Der vom Sonntag oder der vom Montag?

Aus Baden.

Allgemeiner Schuhmachertag in Mannheim.

Bei dem allgemeinen Schuhmachertag, der im Rahmen des 17. ordentlichen Verbandstages des Bundes Deutscher Schuhmacherinnungen in Mannheim stattfand, und an dem Vertreter der Stadt Mannheim, des Saargebietes, der Pfalz, sowie Gäste aus der Schweiz teilnahmen, überbrachte Regierungsrat Bucerius nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Verbandsvorsitzenden Pöschel Berlin die Grüße der badischen Regierung. Er wies darauf hin, daß die badische Staat, der sich der Bedeutung der Schuhmacherei für das gesamte Wirtschaftsleben bewußt sei, stets die Förderung des Handwerkes zur vornehmsten Aufgabe gemacht habe. Nachdem Vertreter der Pfalz und des Saargebietes ihre unverbrüchliche Treue zum Reich und den besten Willen bekundet hatten, in einträchtiger Arbeit innerhalb des Bundes deutscher Schuhmacherinnungen am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, sprach der Vorsitzende des pfälzischen Schuhmacherverbandes, Johann Müller, über Lebensfragen des deutschen Schuhmacherverhandes. Er hob hervor, daß das deutsche Schuhmacherverband vor drei dringend notwendigen Aufgaben gestellt sei: Ausbau und Stärkung seiner Organisation, Ausbildung seiner Mitglieder zu ausgeprägter Qualitätsarbeit und genossenschaftlicher Zusammenfassung, um der Konkurrenz des Großbetriebs widerstehen zu können. Ueber Zweck und Ziele des Reichsverbandes hielt Syndikus Dr. Schild ein kurzes Referat. Zum Schluß empfahl der Redner sehr dringend das neue Handwerksgesetz. — Aus den Mitteilungen des Verbandesleiters Herbach über den gegenwärtigen Stand der Organisation ging hervor, daß von 300 000 selbständigen Schuhmachern in Deutschland 66 000 in dem Bund Deutscher Schuhmacherverinnungen zusammengeschlossen sind, der im ganzen bis jetzt 800 Innungen zählt. Die Sitzung schloß mit den Ausführungen über Preisbildungsfragen. Der Tag wurde mit einem von der Mannheimer Schuhmacherverinnung gegebenen Festkommers beschlossen.

gt. Bauerhof (Ami Bretten), 21. Aug. (Ertelungs-Gest.) Gestern fand hier bei herrlichem Wetter das alte historische Ertelungs-Fest statt, das annähernd 10 000 Menschen in unsern stillen Ortsteil zog. Das ist ein Beweis von dem Heimatfehlen vieler Volksteile. Selbst von Mannheim und Heidelberg, ja von Frankfurt waren viele herbeigekommen, so daß die Bahn wesentliche Verstärkungen einrichten mußte. Schon beim Eingang ins Dorf sah man aus allen Häusern und Gassen Schreier und Schreierinnen, Bäcker und Müller, dazu eine Menge geschmückter Kinder — alle in Tracht — dem Sammelplatz, der ehemaligen Kellerei des Hochstifts Speyer zugewandert. Im eigentlichen Umzug sah man voran die Wägen der Fruchtbarkeitsgesellschaft, die große Fuldigung des ganzen Dorfes zugebacht war; dann alle Gruppen aus dem bäuerlichen Leben von der Ackerbau — der Sämann selbst, ein staltlicher Mann in echter Ackerbauart — bis zur Gasse, ja selbst bis zur Verarbeitung der bäuerlichen Produkte. Während der Fahrt der 32 Jahre alte verheiratete Rangierer Kuzman aus Springen, Vater von zwei Kindern, beim Ueberfahren der Geleise von einem einfahrenden Zuge erfaßt und überfahren. Der Bedauernswerte ist im Krankenhaus gestorben.

Philippsturm, 21. Aug. Bürgermeisterwahl. Zum Bürgermeister unseres Städtchens wurde Steuerinspektor Georg Walte gewählt.

Mannheim, 21. August. Großer Diebstahl. Aus einer Wohnung in der Luisenstraße wurden dieser Nacht Teppiche und Decken im Werte von über 300 000 M. gestohlen.

Waldsiedler, 21. Aug. Am gestrigen Sonntag fand der alte Waldsiedlerfest der Chilti, der morgens mit einem Zapfenfest der Stadtmusik eingeleitet wurde, statt. Nach der Festrede des Bürgermeisters Kupferschmid begann am Nachmittag das Chiltifischen und der Festspiel. Heute früh wurde in der katholischen Stadtpfarrkirche sodann ein Seelenamt für die bei der Belagerung der Stadt im Jahre 1468, bei dem großen Stadtbrand 1726 und bei der Belagerung der Schweden im Jahre 1714 Umgekommenen abgehalten. Das Fest dauert auch heute noch an. Der glückliche Gewinner des Chilti-Bades war Wilhelm Manz aus Schwetzingen.

Bergschützen 5. Wollschut, 21. August. Diebstahl. Dem Landwirt Scherer auf dem Krummshof wurde, während die Bewohner des Hauses unterhalb des Hofes mit Erntearbeiten beschäftigt waren, Sped. Schinken, Uhren, ein Trübschirm, ein Anzug, sowie eine große Menge Geldes entwendet. Obwohl der Dieb vom Sohne des Hofbesizers gesehen wurde, gelang es nicht, einen habhaft zu werden. Es wird angenommen, daß der Einbrecher gewußt hat, daß Scherer zu Hause große Geldbeträge aufbewahrt. Dieser Fall diene wiederum zur Warnung, das Geld nicht im Hause versteckt zu halten, sondern in die landwirtschaftlichen Kassen abzuliefern.

Aus der Landeshauptstadt.

Der neue Straßenbahntarif.

Der Bürgerausschuß hat, wie bereits im Mittagsblatt mitgeteilt, in seiner gestrigen Sitzung dem neuen Straßenbahntarif zugestimmt, der im letzten Augenblick infolge der andauernden Teuerung gegenüber der ursprünglich eingebrachten Vorlage noch erhöht werden mußte. Der Tarif tritt morgen Mittwoch, den 23. August in Kraft und ist in dem Anzeigenteil der vorliegenden Nummer veröffentlicht. Die Einzelfahrt bis 5 Teilstrecken beträgt nunmehr 8 Mark, an Sonn- und Feiertagen 9 Mark, über 5 Teilstrecken in Zukunft 12 Mark. Die Kosten für Fahrkarteinhalte bis 2 Teilstrecken betragen statt bisher 35 Mark von morgen ab 55 Mark und die Fahrkarteinhalte bis 5 Teilstrecken wurden von 48 auf 70 Mark erhöht. Die Monatskarte für ein ganzes Reich stellt sich nach dem neuen Tarif auf 800 Mark.

Ferien-Sonderzüge. Am gestrigen Montag nachmittag passierte der letzte diesjährige Ferien-Sonderzug Mannheim-Karlsruhe-Konstanz und Basel den hiesigen Bahnhof. Er verließ dort um 11 Uhr 15 Minuten, fuhr über Heidelberg-Bruchsal und traf in Karlsruhe 9.25 Uhr ein. In Offenburg wurde der Sonderzug geteilt, die eine Abteilung ging nach Basel, die andere über die Schwarzwaldbahn nach Konstanz. In Karlsruhe liegt eine größere Zahl Reisende zu. Die Züge trafen 1.09 Uhr in Basel (bad. Bahnhof) und 1.14 Uhr in Konstanz ein. In umgekehrter Richtung passierte heute (Dienstag) nachmittags 2.56 Uhr ein Ferien-Sonderzug Konstanz und Basel-Mannheim den hiesigen Bahnhof. Zu diesen Zügen wurden nur Fahrkarten 3. Klasse mit 60-tägiger Gültigkeit ausgegeben. Die Rückfahrt kann innerhalb dieser Zeit mit jedem jahresplanmäßigen Güter- oder Personenzug ausgeführt werden.

Sonderzug nach München. Die Handelskammer Karlsruhe und die Handwerkskammer Karlsruhe beabsichtigen, gemeinsam zum Besuch der Gewerbeschau in München einen Sonderzug zu ermöglichen. Der Tag der Abfahrt ist auf 21. September, der Tag der Rückfahrt auf 26. September festgesetzt. Die Fahrpreise betragen für Hin- und Rückfahrt für die 2. Wagenklasse 342 Mark, für die 3. Klasse 202 Mark und für die 4. Wagenklasse 134 Mark. Zu diesen Preisen wird für die entstehenden Auslagen ein Zuschlag von

5 Mark für die Karte erhoben. Bei genügender Beteiligung besteht auch die Möglichkeit, Fahrkarten zum halben Preise nur für einfache Fahrt, d. h. entweder für die Hin- oder für die Rückfahrt zu erhalten. Die Veranstalter sind bereits mit der Gewerbeschau in München wegen Ermäßigung der Eintrittskarten ins Benehmen getreten; auch wegen weiterer Vergünstigungen in München wird a. Z. verhandelt. Um einen Ueberblick über die Beteiligung an dem Sonderzug zu erhalten, werden Interessenten gebeten, sich in eine bei der Handelskammer Karlsruhe, Karlstr. 10, oder bei der Handwerkskammer Karlsruhe, Friedrichsplatz 4, auflegenden Listen bis spätestens 27. August einzutragen.

Selbstschutzeinrichtung auf den Kartoffelfeldern im Wildpark. In Anbetracht der fortgeschrittenen Kartoffelreife im Wildpark hier haben die Wächter der Grundstücke dem Wildpark einen Selbstschutz eingerichtet. Zu diesem Zweck fand letzte Woche in der Wirtschaft zum Georg Friedrich eine Versammlung statt. Es wurde einstimmig beschlossen, daß ab 19. August 1922 eine Wache in Stärke von 4 Mann Tag und Nacht die Felder überwacht. Die Eigentümer der Grundstücke werden mit Ausweilen versehen und haben dieselben bei Betreten ihrer Grundstücke bei sich zu führen. Es wird jede Person, welche sich unberechtigt in den Kartoffelfeldern im Wildpark aufhält, von der Wache angehalten und kontrolliert. Die Kartoffelreife werden bei Betreten auf die nächste Polizeistation gebracht.

Eisenbahn und Kartoffelverwertung. Mit großer Sorge sehen in Erinnerung an die Vorjahre, die Verbraucher der diesmaligen Kartoffelreife in der Frage der Verwertung der diesmaligen Kartoffelreife unter Zuneigung der Erzeuger, Händler- und Verbraucherorganisationen im Reichsverkehrsministerium und Reichsernährungsministerium bereits eingehend erörtert worden. Ein brauchbares Ergebnis wurde bisher jedoch nicht erzielt, weil noch kein festes Verbot vorhanden ist über die Kartoffelabfuhr und das voraussichtliche Erntergebnis in den einzelnen Landesteilen und weil andererseits Kaufverträge vor Ende August kaum abgeschlossen werden. Die Eisenbahnbedürfnisse wissen also, a. Z. auch nicht annähernd, welche Transportleistungen sowohl nach Mengen wie nach Verkehrsbeziehungen von ihnen verlangt werden. Die in Frage kommenden Organisationen werden voraussichtlich erst Anfang September nähere Unterlagen in dieser Hinsicht geben können. Es ist deshalb mit ihnen vereinbart worden, daß dann sofort eine Besprechung stattfindet. Von Seiten der Reichsbahn werde selbstverständlich, so wird h. l. m. t. i. c. erklärt, alles geschehen, um eine glatte Abwicklung des Herbstverkehrs von dem die Kartoffeltransporte nur einen Teil ausmachen, zu erzielen. Doch wird gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß sich Herbstschwierigkeiten in den geringeren Kohlenbeständen der Reichsbahn kaum ganz ausschließen lassen werden.

Palatinate nach Jugoslawien. In Jugoslawien (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen) dürfen nach einer neueren Anordnung der dortigen Finanzverwaltung die Zollämter Patente aus dem Ausland, also auch aus Deutschland, nicht aus dem Zollgebiet freigegeben, wenn die Empfänger nicht einer von dem zuständigen Ministerium der Nationalbank ausgestellt: Einfuhrbewilligung beibringen können. Diese Maßregel bezieht sich nur auf Warenabgaben, die an Kaufleute zum Zweck des Weiterverkaufs gerichtet sind; sie betrifft nicht Privatpersonen, auch nicht Kaufleute, wenn sie sich etwas zu ihrem persönlichen oder häuslichen Gebrauch machen lassen. Da die Zollämter angewiesen sind, die neue Bestimmung, an die sich die in Betracht kommenden Kreise noch wenig gewöhnt haben, mit aller Strenge zur Anwendung zu bringen, müssen die hiesigen Zollämter zahlreich Patente auf Kosten der Abnehmer nach dem Aufgabeland zurückschicken. Der deutschen Geschäftswelt wird dringend geraten, vor der Versendung von Paketen

nach Jugoslawien sich darüber zu vergewissern, daß wegen Einholung der Einfuhrbewilligung keine Schwierigkeiten entstehen, und daß zu sorgen, daß die Empfänger sich diese Bewilligung rechtzeitig beschaffen.

Das badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 61 vom 19. August 1922 veröffentlicht die Gesetze über die Änderungen im Grundbuch- und Notariatswesen sowie des badischen Kostengesetzes. Es enthält weiter die Verordnungen des Innenministeriums über die Entschädigung der Bezirksratsmitglieder und über die Entschädigung der Bezirksratsmitglieder; ferner die Verordnung des Kultusministeriums betr. die Kosten der Verpflegung von Kranken in den psychiatrischen Kliniken zu Heidelberg und Freiburg und die Bekanntmachung des Justizministeriums über die Führung der Grund- und Pfandbücher im Grundbuchbezirk Mosbach laut Zwischenverordnung vom 4. Mai 1920.

Unfälle: Am 19. August 1922 fiel ein 2 Jahre altes Kind in einem unbewachten Augenblick aus einem Fenster des 4. Stockes in einem Hause der Blumenstraße in den Hof. Das Kind starb an den Folgen der erlittenen Verletzungen tags darauf. — Am 21. August 1922, vormittags 9 Uhr, stürzte in der Durmerstraße zwei vor einen Pflanzenswagen gespannte Pferde. Der Fuhrwerksleiter wurde von den Pferden niedergedrückt, erhielt Tritte auf Kopf und Oberkörper und wurde so verletzt, daß er mittels Krankenauto nach dem Städtischen Krankenhaus verbracht werden mußte.

Verurteilungen: Ein Kaufmann wegen Diebstahls von Kellnerin wegen Gewerbenutzung, ein Schreiner und ein Tagelöhner wegen Fahrad Diebstahls.

Aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Geburten. 16. August: Anna Auguste, Vater Mendel Reppuhn, Rangier. — 17. August: Edeltraud Marianna, Vater Gustav Fels, Professor. — 18. August: Ottmar Werner, Vater Josef Bipl, Baumeister; Ottilie, Vater Johann Waber, Kaufmann; Selmut, Vater Hugo Straub, Postarbeiter; Dietrich Reinhard Julius, Vater Ludwig Bihl, Stadtbauarbeiter; Veridob Johannes, Vater Franz Gerner, techn. Eisen-Oberleiter; Wiltra, Vater Karl Ebede, Bankvollmachtigter; Max Paul, Vater Wilhelm Streumüller, Rangierer.

Gesetzgebungen. 19. August: Emil Lorenz von hier, Bankbeamter hier, mit Frieda Schmidt von hier; Gustav Oberle von Pforzheim, Fabrikarbeiter hier, mit Maria Reiz Wwe. von Götting; Valentin Wegner von hier, von Pforzheim, mit Johanna Reifer Wwe. von hier; Hans Kerner, Vater von Pforzheim, mit Elisabeth Freudenberger von Pforzheim; Anton Traub von Pforzheim, mit Rosa Müller, von hier, mit Maria Wwe. von hier; Karl Senz von Pforzheim, Formier hier, mit Maria Wwe. von Pforzheim; Lorenz Strobel von Pforzheim, Elektromonteur hier, mit Frieda Hill von Pforzheim; Josef Stollberger von Pforzheim, mit Anna Koch von hier; Franz Bosh von hier, Baumeister hier, mit Antonia Foll-Gemeiner hier; Josef Schärer von hier, Baumeister hier, mit Antonia Schärer von Pforzheim; Paul Böhler von hier, Paul Böhler von hier, Baumeister hier, mit Marie Böhler von hier; Friedrich Heiser von hier, Metzger hier, mit Anna Wanner von Pforzheim; Karl Böhler von Pforzheim, Metzger hier, mit Marie Koch von hier; Friedrich Deubel von Pforzheim, Leberkonfektier hier, mit Frieda Adam von Pforzheim.

Todesfälle. 18. August: Emil Bosh, Witwer, Metzgermeister, 82 Jahre alt. — 19. August: Amalie Seiler, Witwe von Johann Seiler, 86 Jahre alt. — Eveline Jener, 64 Jahre alt, Oberfrau von Karl Jener, Rechnungsrat, Josef Wolf VIII, 43 Jahre alt, Chemiker, Landwirt. — 20. August: Clara Welsch, 69 Jahre alt, Witwe von Matthias Welsch, Maschinist a. D. Otto Steinbach, 74 Jahre alt, Chemiker, Oberrechnungsrat.

Beerdigungen und Trauerhaus erwachsener Verstorbener. Dienstag, 22. Aug., 4 Uhr: Steinbach, Otto, Oberrechnungsrat, Bestendstr. 2. Beerdigungsort.

Der Karlsruher Gemeindevoranschlag für das Rechnungsjahr 1922

I. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922 (1. April 1922 bis 31. März 1923) ist in einem Umfang von 133 Seiten (einschließlich des Anlagenheftes) dem Bürgerausschuß vorgelegt. Gleichzeitlich wird der Bürgerausschuß um Zustimmung zu folgendem Stadtsatzungsbeschluss vom 10. August 1922 ersucht:

1. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922 wird in der angelegten Fassung festgestellt.

2. Zur Ausgleichung des ungedeckten Aufwandes von 83 856 700 M wird auf Grund des badischen Gesetzes vom 27. Juli 1922 über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens durch die Gemeinden und Kreise im Rechnungsjahr 1922 eine vorläufige Gemeindesteuer von 10 M von je 100 M Steuerwert des für das Rechnungsjahr 1920 veranlagten Liegenschafts- und Betriebsvermögens erhoben.

Die nach § 12 Abs. 2 und § 53 des Grund- und Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. August 1921 für das Rechnungsjahr 1922 bereits erhobene Gemeindesteuer wird an der vorläufigen Gemeindesteuer aufgerechnet.

Die vorläufigen Gemeindesteuern werden fällig: aus Liegenschaftsvermögen: zu je einem Sechstel am 1. Oktober, 1. November, 1. Dezember 1922, 1. Januar, 1. Februar und 1. März 1923; aus Betriebsvermögen: zu je der Hälfte am 1. Oktober und 1. November 1922.

3. Von den aufgelegten Bürgerentwerten der Stadtteile Daxlanden und Rinkheim wird eine Gesamtlage von 6 862 06 M nach der Berechnung der Darstellung III auf Seite 5 des Voranschlags erhoben.

Wir beginnen heute mit der Wiedergabe der interessanten Begründung, die einen erschöpfenden Einblick in die Finanzlage unserer Stadt gibt. In der Begründung wird ausgeführt:

„Der bei Verabschiedung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1921 im Februar d. J. gefasste Entschluß, es werde wenigstens für das Rechnungsjahr 1922 gelingen, einen Haushaltsplan auf einigermaßen fester Grundlage aufzustellen, ist durch den Verlauf der Ereignisse bitter enttäuscht worden. Der vorübergehende Sturz der Mark hat den Anbruch der Atmosphäre des Wirtschaftslebens zum Orkan gesteigert, der nun in immer kürzeren Zeiträumen und mit sich steigender Mächtigkeit Teuerungswelle auf Teuerungswelle über Deutschland hinwegweht. Es ist wohl selbstverständlich, daß von ihren Wirkungen auch die Wirtschaft der Stadt Karlsruhe nicht verschont bleiben konnte. Von der Heftigkeit der Wellenschläge, die sie ausgeleitet war und ist, empfängt man eine Vorstellung, wenn man hört, daß der

gesamte Jahresaufwand an Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen ohne Berücksichtigung der Lehrer und der Polizei, der in der Bearbeitung zum Voranschlag 1921 für Anfang 1922 noch auf 101 790 000 M angesetzt werden konnte, bereits am 1. Mai auf 201 999 000 M gestiegen war, sich also verdoppelt hatte und Anfang August bereits mindestens 450 000 000 M betragen. Und wer möchte unter dem Eindruck des unaufhaltsamen Marksturzes hoffen dürfen, daß sich in kurzem die aufsteigende See abfluten und aufstrebende Wälder die Nacht auf weite Strecken wieder zu überhäufen gestatte.

Zu der Unübersichtlichkeit der Entwicklung der Ursachen tritt die immer noch nicht befristete Unsicherheit über die Gestaltung der Gemeinden betreffenden Steuererhebung. Die völlige Unzulänglichkeit der bisherigen Regelung ist heute wohl allgemein anerkannt und es ist auch bekannt geworden, daß die Reichsregierung im Hinblick auf die durchgeführte Reichssteuerreform das Steuerrecht der Länder und Gemeinden und ihre Anteile an der Reichssteuer neu regeln will. In welcher Richtung sich diese Neuordnung bewegen wird, noch man weiß nicht, und welches der finanziellen Erfolge für unsere Stadt sein wird, steht noch völlig dahin. Nur das eine darf mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß die Länder und Gemeinden neben ihren Anteilen an den Reichsteuern besondere in Hundertfachen des Aufwandes ausgedrückte Zuschüsse zur Befriedung der Kommunen, die einen Teil der seit dem 1. Oktober 1921 eintretenden Gehaltsrückstellungen ausmachen werden, schon für das laufende Rechnungsjahr erhalten werden. Ebenso ist eine Neubewertung des badischen Verleihenvermögens, das über die Verteilung des auf Land und Gemeinde entfallenden

gemeinsamen Anteils an der Reichseinkommensteuer entscheidet, im Aussicht gestellt. Aber auch hier läßt sich das Ergebnis nicht voraussagen. Endlich ist die Änderung des Schulgesetzes, von der die Gemeinden eine für sie günstige Verteilung der Schullasten erwarten, in der Schwebe. Aber auch die Ergebnisse der Steuerentwürfe der Stadt auf Grund der a. Z. gegebenen Rechtslage sind unsicher. Es stehen die Anteile der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer für 1920 und 1921 noch nicht fest, geschweige denn, daß sich das Ertragnis für 1922 übersehen ließe. Deswegen ist die Neuveranlagung auf Grund des Grund- und Gewerbesteuer-Gesetzes vom 4. August 1921 noch nicht abgeschlossen. Die

Stadt ist infolgedessen noch nicht einmal in der Lage, die endgültige Umlage für 1921 zu berechnen und anzufordern.

Unter solchen Umständen mußte man sich fragen, ob es a. Z. überhaupt angebracht ist, einen Voranschlag aufzustellen. In der Tat wollen einige badische Städte damit vorläufig noch zuwarten. In Abwägung aller Gründe für und Wider ist der Stadtrat Karlsruhe aber doch zu dem Ergebnis gekommen, daß man gut daran tue, jetzt einen Voranschlag herauszubringen. Neben dem vom Bürgerausschuß bei der letzten Voranschlagsberatung geäußerten Wunsch, in diesem Rechnungsjahre die Voranschlagsberatung wesentlich früher als im letzten vorzunehmen, war es vor allem das Bedürfnis, wenigstens für einen bestimmten Stichtag Klarheit über die Finanzlage der Stadt zu gewinnen, das der Stadtverwaltung diesen Entschluß nahe legte. Die Aufgabe, den mutmaßlichen Ablauf des ganzen Wirtschaftsjahres darzustellen, kann freilich bei der fast täglich sich ändernden Grundlage ein heute aufgestellter Voranschlag nicht erfüllen. Aber es ist doch wertvoll, in dem faldelostopartigen Wechsel der Gesichte wenigstens das möglichst genaue Bild eines Augenblicks festzuhalten und aus ihm zu erkennen, wie der Gemeindehaushalt in diesem Augenblick des Ablaufes des Wirtschaftsjahres steht. Auf einer solchen Grundlage lassen sich leichter die Wirkungen der späteren Ereignisse schätzen. Ohne eine solche Unterlage wäre es auch wohl dem Bürgerausschuß zuviel zugemutet gewesen, seinerseits einer auch nur vorläufigen Umlagefestsetzung zuzustimmen und doch kann der Gemeindehaushalt ohne den baldigen Zufluss von Steuerentwürfen nicht auskommen.

Als Stichtag für die Aufstellung des Voranschlags wurde, nachdem die ursprüngliche Absicht, den Stand am 1. März und dann den vom 1. April zugrunde zu legen, durch die Ereignisse überholt war, der Monat Mai gewählt. Nicht herabdrückend sind also die seit Ende Mai eingetretenen Veränderungen. Weitere Verbindungen müssen unter den heutigen Verhältnissen erwartet werden. Es ist Aufgabe der Stadtverwaltung, diese Veränderungen so genau wie möglich zu verfolgen, es wird vorbehalten, das Ergebnis der fortlaufenden Feststellungen dem Bürgerausschuß vielleicht in einem Nachtrag zum Voranschlag zur gegebenen Zeit mitzuteilen.

Was nun den Voranschlag selbst betrifft, so sind zunächst in seiner äußeren Aufmachung wieder einige Änderungen vorzunehmen worden, die den Zweck größerer Uebersichtlichkeit verfolgen. So hat man aus dem Teil III, der vom Ertrag und den Kosten von Gemeindegewinn, Rechten und Pflichten handelt, die Städtegärtnerei, sowie die Justizverwaltung und die Selbst herausgenommen und ersterer beide in je einem besonderen Teil III a und b) dargestellt, letztere in den Teil XXIV, der von der Polizei handelt, aufgenommen. Ebenso hat man aus der Hauptverwaltung (Teil V) die Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung, das Ständesamt und das Statistische Amt ausgeschieden, um erstere in einem besonderen Teil (VI a) zu behandeln und die beiden genannten Ämter in den von der Teilnahme an den Aufgaben des Staates und sonstiger öffentlicher Verbände handelnden Teil XXV zu verweisen. Für das Wohnungswesen ist eine besondere Klasse eingerichtet worden. Der Voranschlag für dieselbe ist dem Bürgerausschuß bereits in der Vorlage Nr. 79 vom 8. April 1922 mitgeteilt, jedoch eine nochmalige Aufnahme hier unterbleiben konnte, und nur seine den Haushalt der Stadt hauptsächlich beeinflussenden Schlüsselpunkte eingestuft worden sind. Außerdem ist ein besonderer Nebenvoranschlag für die im Jahre 1920 neugebildete Fondsstufe erstmals beigefügt.

